

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nummer 2 / Juli 2011

Japan I **Lügen, Lügen, Lügen**

Erst Ende Mai bestätigte der japanische AKW-Betreiber Tepco, dass die Kernschmelze in drei der sechs Reaktoren bereits kurz nach dem Tsunami vom 11. März stattgefunden hat, im angeblich bebensicheren Reaktor 1 bereits nach fünf Stunden. Also schon allein durch das Beben, nicht durch die Flutwelle. Das zeugt die Betreiber nochmals der Lüge, da behauptet wurde, dass am Super-Gau der Tsunami Schuld sei, keiner eine Naturkatastrophe vorhersehen konnte und damit ansonsten die japanischen AKWs „sicher“ seien. Dieser Zynismus ist nur mit dem horrenden Atomgeschäft erklärbar und mit dem Umstand, das Atomstromerzeugung

und Atomrüstung aufs Engste miteinander verflochten sind: „Atomkraft war und ist heute mehr denn je ein weltumspannendes Geschäft, mit dem einige wenige Staaten und Konzerne Jahr für Jahr Milliarden einnehmen. Ein Geschäft, das zugleich der Durchsetzung geopolitischer Interessen dient und tief in den militärischen Komplex hineinreicht“, so die Schlussfolgerung von „Profil“ (17/11), das das AKW-Geschäft so beziffert: „Allein in Europa dürften ... jährlich 200 Milliarden Euro mit der Erzeugung und dem Verkauf von Kernenergie, der Aufbereitung und Deponierung von Atommüll umgesetzt werden.“

Japan II **Atomtote**

Zu Beginn des Super-Gaus von Fukushima hieß es: nicht so schlimm, Tschernobyl war schlimmer, in Fukushima sei man „besser“ dran als in Tschernobyl. Jetzt, nach ca. 3 Monaten kommt immer mehr das wahre Ausmaß zu Tage. Kernschmelze in allen havarierten Reaktoren. Welche Auswirkungen auf Leben und Gesundheit der Menschen das letztendlich haben wird, kann nur errahnt werden. Bei Tschernobyl kommt jetzt erst, nach 25 Jahren, heraus, dass lt. Global und Greenpeace zwischen 35.000 und 200.000 bis 300.000 Menschen an den Folgen von Tschernobyl gestorben sind. Schlimm genug, wenn das die „Messlatte“ für Fukushima sein soll – von wegen „besser“. Aber in Wirklichkeit ist es noch schlechter, bzw. viel, viel

schlimmer: Wie eine von der New York Academy of Sciences aus dem russischem übersetzte Studie aus dem Jahr 2009 (Chernobyl: Consequences of the Catastrophe for People and the Environment) zeigt, starben als Folge des Atom-Unfalls zwischen 1986 und 2004 in Summe 985.000 Menschen !!! In Japan ging und geht man jetzt sehenden Auges das Risiko für für Millionen von Menschen ein. Man habe aus Angst vor Panik nicht evakuiert, sagen die Tepco-Konzernherrn und die japanische Regierung am Gängelband der Atomkonzerne. Allein in Tokio mit seinen 35 Millionen Menschen im Umfeld, werden die Menschen zu lebendigen Versuchskaninchen gemacht!

Japan III **Das Geschäft soll weiter gehen**

Wer geglaubt hat, dass nach dem Super-Super-GAU von Fukushima ein Umdenken in der japanischen Polit- und Wirtschaftsspitze stattfinden wird, der hat sich schwer getäuscht. So gab der japanische Handelsminister

bekannt, dass Japan **n i c h t** aus der Atomenergie aussteigt und nur die havarierten weiterhin höchst strahlenden GAU-Reaktoren in Fukushima „geschlossen“ werden. In Japan wird auch schon davon gesprochen, dass die

Bevölkerung für die von der Katastrophe Betroffenen aufkommen muss (abgesehen von den lebensbedrohenden radioaktiven Folgen werden die Folgekosten des Unfalls mit mindestens 134 Milliarden Euro oder wesentlich mehr beziffert), sprich die nicht dafür verantwortlichen Menschen zur Kasse gebeten werden sollen. Gleichzeitig bekommt der Super-GAU-Konzern Tepco vom Staat

Milliarden zur „AKW-Sanierung“ und besitzen andere japanische Konzerne in Summe fast 2 Billionen Euro, die sie aus der Ausbeutung der arbeitenden Menschen angehäuft haben und die sie nun zum Teil für Firmenzukäufe verwenden wollen. Das ist der Zynismus des Kapitals: Das Profitmachen muss weitergehen, egal was es (an Menschenleben) kostet.

EURATOM

Es ginge ja doch ...

Der neue Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle hatte vorerst 118 Millionen Euro für ein Euratom-Forschungsprogramm damit blockiert, weil er das Geld nicht mehr für den AKW-Ausbau, sondern für „Sicherheit und Ausstiegsforschung“ verwendet sehen will. Das beweist: Jahrzehntlang hat man uns belogen, dass man eben für Euratom zahlen müsse, als Teil der EU könne man nix machen. Punkt, aus. Wir und viele andere haben das und den Umstand kritisiert, dass jährlich mindestens 40 Millionen – bis zu 100 Millionen Euro für die Atomlobby aus Steuergeldern gegen den Willen der ÖsterreicherInnen ausgegeben werden. Es wurde von AtomgegnerInnen schon lange aufgezeigt, dass eine Einstellung der Euratom-Zahlungen und ein Austritt aus Euratom möglich wäre. (Laut *Umfrage aus 2008 sind 78% für einen Ausstieg aus Euratom und lehnen 81% Zahlung an die Atomindustrie (Euratom) aus Steuergeldern ab.* Jetzt, nach Fukushima, wo sich alle Politiker „grün“ geben kam heraus, was vorher bestritten wurde und möglich wäre: Da es in der Euratom nur einstimmige Beschlüsse gibt, hat schon e i n Land alle Möglichkeiten, Finanzmittel zu blockieren.

Allerdings war zu befürchten, dass mit dem Schmäh der „Sicherheitsforschung“ – wie das schon nach Tschernobyl zur Beschwichtigung gemacht wurde – nur Zeit gewonnen werden soll, um doch wieder Millionen für die Atomlobby locker zu machen. Bereits nach 3 Wochen stimmte jetzt Töchterle doch dem insg. 2,5-Milliarden-Euro schweren Euratom-Atomprogramm 2012-2013 zu: auch für AKW-

Neubauten der „Genration IV“. Soviel zur „Glaubwürdigkeit“ der Politik und der Atombetreiber.

Nicht nur, dass die Konzerne die Kosten für Abwrackung und Ausstieg nicht selbst bezahlen, haben sie seit Jahrzehnten Subventionen aus Steuergeldern in mehrfacher Hundert-Milliarden-Euro Höhe erhalten und schreiben somit satte Gewinne. Allein in Deutschland erhielt von 1950 bis inkl. 2010 die Atomindustrie (samt Vorteile aus dem Treibhausgas-Emissionshandel) in Summe 209,6 Milliarden Euro (Quelle: Green Budgets Germany – Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft). Vor dem jetzigen Atomausstieg waren ab 2011 weitere 100 Atom-Euro-Millairden vorgesehen.

Die künftigen Abwrackkosten der derzeit in der EU laufenden AKWs wird mit ca. 500 Milliarden Euro beziffert. Die Kosten der nicht gelöster Atommüll-Endlagerung und von Schäden durch Atomunfälle sind da gar nicht eingerechnet.

Die Profite der Konzerne bedeuten Opfer für die Menschen: von Großbritannien (Sellafield) über Russland (Explosion eine Atomlagers im Ural), Harrisburg (USA, Teilkernschmelze), Tschernobyl (Super-GAU, Kernschmelze) und nicht zuletzt Fukushima (mehrfache Kernschmelze, radioaktive Luft- und Meerwasserverseuchung in bisher nicht gekanntem Ausmaß), bezahlen die Menschen mit Erbschäden, Gefahren für Gesundheit und Leben und nicht zuletzt mit Sozial- und Demokratieabbau, wie das schon Robert Jungk in seinem Buch „Der Atomstaat“ vor 40 Jahren nachwies.

NEIN zum Bombenkrieg von USA und EU gegen Libyen

Libyen - Größter Militäreinsatz des Westens seit dem Irak-Krieg.

Die USA und die EU-Großmächte Großbritannien u. Frankreich führen Krieg um sich die libysche Erdöl- Erdgas u. Wasservorräte anzueignen u. die Herrschaft in der Region wieder an sich zu reißen. Die UNO macht sich zu ihrem Handlanger.

Die Luftangriffe auf Libyen u. die Unterstützung der Bengasi- Aufständischen sind von langer Hand geplant, die sog. Operation Odyssey Dawn ist Teil eines umfassenden militärischen Plans für die amerikanische Vorherrschaft über Nordafrika. Der französische Einfluss soll dort geschwächt werden, ebenso will die USA den wirtschaftlichen Einfluss Chinas in Nordafrika schwächen. Es geht den USA darum, eine Neuzeichnung der afrikanischen Landkarte vorzunehmen. All das sagt u.a. der kanadische Wirtschaftsprofessor Chossudovsky. (Libyen: Größter Militäreinsatz...23.3.2011.www.Kopp-online)

Der Prof. weiter: „*Odyssey Dawn befand sich bereits vor Beginn der Proteste in Ägypten und Tunesien in einem fortgeschrittenen militärischen Planungsstadium. Die Weltöffentlichkeit sollte glauben gemacht werden, die Protestbewegung hätte spontan von Tunesien und Ägypten auf Libyen übergegriffen. Der bewaffnete Aufstand in Ostlibyen wird direkt von ausländischen Mächten unterstützt. Die Rebellen in Bengasi hissten sofort die rot-schwarz-grüne Flagge mit dem Halbmond und dem Stern – die Flagge der Monarchie unter König Idris, die die Herrschaft der früheren Kolonialmächte symbolisiert. Der Aufstand war also geplant und mit dem Zeitpunkt der militärischen Operation abgestimmt. Er war als Teil einer verdeckten Operation bereits Monate vor den Demonstrationen und Protesten sorgfältig vorbereitet worden. Amerikanische und britische Sondereinheiten befanden sich von Anfang an vor Ort, um der `Opposition beizustehen`. Wir haben es hier mit einem militärischen »Fahrplan« sorgfältig geplanter militärischer und nachrichtendienstlicher Aktionen zu tun.*“ (M.Chossudovsky 23.3.2011.www. Kopp-online) Wie jeder Krieg der NATO begann auch dieser mit einer großen Lüge. Der Ruf nach einer Flugverbotszone über Libyen u. ihre Einrichtung wurde damit begründet, Gaddafi würde die Luftwaffe gegen friedliche Demonstranten einsetzen und die „eigene Bevölkerung abschlachten“. Doch selbst US-

Verteidigungsminister R.Gates u. sein Generalstabschef M. Mullen gaben an:“...*Wir kennen diese Berichte, haben aber keinerlei Bestätigung dafür*“.

Der Krieg gegen Libyen war schon länger vorbereitet

Der Krieg war schon länger vorbereitet, das bestätigt auch die englische Zeitung Daily Mail: Schon einen Monat vor Kriegsbeginn waren 250 britische Elite-Soldaten in Libyen im Einsatz, d.h. gleich nach Beginn des Aufstands oder sogar schon davor. „*Eine zentrale Rolle bei der Organisation des Aufstands spielt die Nationale Front für die Rettung Libyens (NFSL), die schon 1982 mit israelischer und US-amerikanischer Unterstützung gegründet wurde, um Gaddafi zu stürzen. Unter Führung des zur CIA übergelaufenen Kampfgefährten Gaddafis, Khalifa Haftar, legte sie sich 1988 mit der Libyschen Nationalarmee (LNA) auch einen militärischen Arm zu. Die von den USA ausgerüstete kleine Untergrundarmee unterhielt in Virginia ein Trainingscamp und führt seit den 1990er Jahren Aufstandsversuche und Terroraktionen in Libyen durch...Die NFSL war eine treibende Kraft hinter den Demonstrationen vom 17. Februar. Haftar reiste unmittelbar nach Beginn des Aufstands nach Bengasi, um die militärische Führung zu übernehmen*“.

(J. GUILLIARD, 2. Mai 2011: Der Krieg gegen Libyen und die Rekolonialisierung Afrikas) Die führenden Leute der Aufständischen hatten schon lange zu den USA bzw. zu den Briten Kontakte. Die militärisch erfahrensten Kämpfer sind radikal-islamische Veteranen, die in Afghanistan und im Irak gegen US-Truppen kämpften und als Ableger von Al-Qaida-Anhänger gelten. Ein Teil von ihnen ist in der Libyschen Islamischen Kampfgruppe organisiert (LIFG). Sie führte bereits in den 1990er Jahren Anschläge in Libyen durch. In dieser Zeit kämpften auch Einheiten dieser Gruppe in Kooperation mit dem CIA in Bosnien u. im Kosovo. Nach dem 11.9. 2001 war sie auf der Terrorliste der UNO. Da waren sie die „böse“ Al Qaida! „... 5000 von ihnen wurden

kürzlich von der Liste gestrichen, damit sie über Ägypten nach Libyen einreisen konnten. (Erhard Crome: Der libysche Krieg des Westens) Sie kämpfen nun gegen Gaddafi. Nun sind sie die „gute“ Al Qaida!

Es ist gut möglich, wie auch westliche Medien warnen, dass sie später die Waffen gegen den Westen richten könnten. So war es mit den Mudjahedin bzw. Taliban in Afghanistan, die ja zunächst vom Westen finanziert wurden. Aber das wird die USA u. die anderen Großmächte nicht nur nicht stören, sie brauchen ja Feinde als Vorwand für ihre Kriegspolitik und sie schaffen sie sich diese auch immer wieder!

Lügen für Dollars und Euros

Die manipulierte Berichterstattung des überwiegenden Teils der westlichen Medien trug entscheidend dazu bei, das Bild zu erwecken, dass sich wie in Tunesien u. Ägypten auch in Libyen das Volk gegen einen Diktator erhob, um für seine Freiheit zu kämpfen. Das war und ist in Libyen nicht der Fall. *„In Libyen geht es nicht darum, ein Massaker an einem revoltierenden Volk zu verhindern, wie behauptet wird, sondern die Herrschaft über ein ölreiches Land wiederzugewinnen. Das Problem sei, dass es der libyschen Regierung gelang, den Reichtum des Petroleums zu nutzen, um einen beträchtlichen Entwicklungsgrad zu erreichen. In Ägypten und Tunesien kämpft das Volk für Demokratie. In Libyen indessen gibt es kein Volk in Revolte.“* (So der renommierte konservative Ex-Minister u. Wirtschaftsexperte Bresser-Pereira: www.hart-brasiliertexte.de 10.04.2011) Gaddafis Sturz führt jedoch zur Rekolonialisierung des Landes und wirft Unabhängigkeitsbestrebungen in der Region weit zurück! Als ein weiterer Hinweis, dass der Sturz Gaddafis von langer Hand geplant war, kann auch folgender Umstand gelten: *„Von den in Libyen tätigen amerikanischen Erdölkonzernen entschieden Chevron und Occidental Petroleum (Oxy) vor nicht ganz sechs Monaten (Oktober 2010), ihre Erdöl- und Erdgasförderlizenzen nicht zu verlängern.“* (M. Chossudovsky: Operation Libya und der Kampf ums Erdöl...15.3.2011. Kopp-online)

Libyen ist das reichste nordafrikanische Land. Seine Ölvorkommen sind mit mindestens 44,3 Mrd. Barrel die größten Afrikas. Für die Europäische Union, die 10% ihrer Ölversorgung aus Libyen deckt, ist das Land von enormer Bedeutung. Im Falle Italiens machen die Libyen-Importe sogar 24% des Gesamtbedarfs aus, bei Frankreich sind es

10% und bei Deutschland 6%. Westliche Ölkonzerne (BP, ENI, Exxon, RWE) haben schon 100te Millionen Dollar für Öl –und Erdgasexplorationsrechte bezahlt und plant Milliarden zu investieren! Doch die Geschäfte der Ölfirmen waren nur in Partnerschaft mit der staatlichen libyschen Ölgesellschaft LNOC möglich, die immer die Mehrheitsanteile und damit die Kontrolle behielt. (Jean-Pierre Sereni, Am Anfang war der Rote Scheich – Eine kleine Geschichte des libyschen Öls, Le Monde diplomatique, 8.4.2011) Trotzdem war die Ölförderung sehr profitabel, noch dazu ist das Öl von bester Qualität und geographisch liegen diese Erdölfelder nahe bei Europa.

Kontrolle über Ölförderung

2009 verstaatlichte Gaddafi wegen der sinkenden Mineralölpreise Einrichtungen eines westlichen Ölkonzerns, der in Libyen operierenden kanadischen Ölfirma Verenex. Wenn Gaddafi vom Westen gestürzt wird, wäre das Ölgeschäft für die westlichen Erdölkonzerne noch viel profitabler. Beim jetzigen Ölpreis von 110 Dollar pro Barrel, den ca. Förderungskosten von nur 1 Dollar und einer Tagesförderung von 1,5 Millionen Barrel, (ca. 3 Millionen pro Tag wäre möglich), kassiert Libyen ca. 40 Milliarden Dollar pro Jahr bei der jetzigen Förderquote. Es wäre eine Verdoppelung der Förderquote möglich, d.h. ca. 80 Milliarden Dollar wären zu verteilen. Derzeit dürfen die westlichen Ölkonzerne von dem Öl, das sie fördern, nur 11% behalten. Die Aufständischen von Bengasi haben schon angeboten, die Konzessionen neu zu vergeben und den Firmen der westlichen Interventionsländer den Vorrang zu geben. Wenn Gaddafi gestürzt wird, werden die Westmächte dem libyschen Volk auch die Kosten der Bombenangriffe verrechnen, allein bei den USA belaufen sich diese bis jetzt schon auf ca. 1 Milliarde Dollar. Ungefähr 10000 Bombenangriffe gab es schon. Nicht nur M.Chossudovsky schreibt, dass die USA Gaddafi auch loswerden wollen, um China zu schwächen! Auch Craig Roberts, früherer Vizefinanzminister unter Ronald Reagan schreibt, dass der Krieg in Nordafrika nicht gegen Libyen sondern gegen China gerichtet sei u. dass *„die Anti-Gaddafi Proteste anscheinend von der CIA im Osten Libyens organisiert wurden, wo etwa 80 Prozent aller Ölvorräte konzentriert sind und China mit seinen Investitionen im Energiesektor tätig ist.“* (Foreign Policy Journal) Nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums waren im

März 2011 75 chinesische Großunternehmen in Libyen mit Verträgen im Gesamtwert von 18 Milliarden Dollar engagiert. Wegen der Kämpfe bzw. deren Folgen müssen die Chinesen mit enorm hohen Verlusten rechnen. 2007 haben die USA das eigenständige Kommando der US-Streitkräfte für Afrika AFRIKOM gegründet, um ihren Einfluss dort auszubauen u. Konkurrenten auszuschalten.

49 Länder unterschrieben diese US-Militärcharta für Afrika, ein Land lehnte ab. Das war Libyen! AFRIKOM ist ein Teil des „Project for A New American Century“ (PNAC) das schon die Bush Regierung entwickelte. Es geht u.a. ums Erdöl, die USA wollen mehr Erdöl aus Afrika beziehen, es geht auch um andere wertvolle Bodenschätze, doch es geht um viel mehr, um die US-Dominanz auch in Afrika, das Zurückdrängen aller Konkurrenten, sowohl der EU-Großmächte als auch des wirtschaftlich erfolgreichen Chinas in Afrika. 2010 betrug Chinas Handelsumsatz mit Afrika schon 130 Milliarden Dollar.

Die USA kurbeln immer mehr über Kriege ihre angeschlagene Wirtschaft an und praktizieren statt ihrer sog. „freien Marktwirtschaft“ „freie“ Bombenangriffe. Sie lassen ihre NATO-Verbündeten mitbombardieren, um selber gut dazu stehen. Durch die US-Herrschaft über die meisten Erdöl exportierenden Länder sichern die USA das Bestehen des Dollars als Leitwährung, das ist, nach ihrer ungeheuren militärischen Übermacht, die zweite Basis ihrer Herrschaft. (F. W.Engdahl: Wir sind inmitten einer epochalen tektonischen Verschiebung – www.larsschall.com/2011/03/27) Der Autor schreibt u.a. auch, dass es laut Experten gar keinen Ölmangel gibt u. dass 40% bis 70% des Ölpreises Spekulationsanteil ist!

Selbstständigkeit unerwünscht!

Als Gaddafi 1969 an die Macht kam, ließ er alle ausländischen Militärstützpunkte schließen und verstaatlichte u.a. die Ölindustrie. Er war damals für die Menschen in den arabischen Ländern der Entkolonisierer und Befreier. So galt er seit seinem Machtantritt dem Westen als Staatsfeind und wurde mit scharfen Sanktionen durch die USA und die anderen Westmächte belegt. Ab 1999 hat er zunehmend mit den Westmächten kooperiert, vor allem die EU machte mit ihm gute Geschäfte und bezog sein Öl. Und von 2000 bis 2010 wurden auch 1/3 der Staatsbetriebe (z.B. Ölindustrie) teilprivatisiert. Dennoch war Gaddafi im Unterschied zu

Mubarak und Ben Ali nie eine Marionette des Westens.

Er verfolgt bis heute eine eigenständige Politik und betrieb auch die arabische Einheit. Zuletzt fand im März 2010 ein Treffen der Arabischen Liga statt, mit der Idee eine regionale Föderation entstehen zu lassen, indem auch die Türkei und Iran einbezogen werden sollten. Gastgeber war Gaddafi. Diese Pläne, eine gewissen Unabhängigkeit der Staaten in der Region, samt Energieunabhängigkeit auf Grund ihrer Erdöl - u. Erdgasvorräte zu erreichen, war u. ist den westlichen Mächten u. Konzernen ein Dorn im Auge! Diese Föderation hatte 3 Schlüsselprojekte Libyens vor: eine afrikanische Investmentbank, eine afrikanische Zentralbank u. schon für dieses Jahr einen afrikanischen Währungsfond mit einem Kapital von 42 Milliarden Dollar, von dem *„erwartet wird, dass er die Aktivitäten des Internationalen Währungsfonds in Afrika zur Gänze ersetzt, der mit nur US\$ 25 Milliarden in der Lage war, einen ganzen Kontinent auf die Knie zu zwingen und ihn dazu zu bringen, fragwürdige Privatisierungen zu schlucken und afrikanische Länder zu erreichen, öffentliche Einrichtungen an private Monopole zu übertragen. Kein Wunder, dass...2010 die Afrikaner einhellig Versuche von Ländern des Westens zurückwiesen, Mitglieder beim Afrikanischen Währungsfond zu werden sagten, dieser stehe nur afrikanischen Ländern offen.“* (J.P. Pougala, Genf)

Der Internationale Währungsfond betreibt direkt die Politik der Internationalen Konzerne, allen voran der US-Konzerne! Der Plan ihn auszuschalten, musste für das Großkapital wie eine Kriegserklärung wirken!

US-Weltherrschaftspläne

Das war schon damals beim Krieg der USA gegen den Irak so: Die Bestrebungen eines Landes mehr Unabhängigkeit von den USA zu erreichen, waren 2002 ein Grund für den Kriegsausbruch. Damals begann Sadam Hussein das Öl nicht gegen Dollar sondern auch gegen Euro zu verkaufen und Russland und China Ölförderung im Irak zu ermöglichen.

Schon vor dem Krieg gegen den Irak 2002 schrieb die angesehene amerikanische Monatszeitschrift „Atlantic Monthly“ über die Pläne zur *„Zivilisierung des mittleren Ostens“*...: *„Zuerst müssen wir den Irak zu unserer militärischen Ausgangsbasis für die Neuordnung der arabischen Welt machen...“* *Nach der Besetzung des Iraks sollen u.a die*

arabischen Ölstaaten unter den „Schutz“ der USA gestellt werden.... „ Auf diese Weise landet die größte Energiequelle der Welt endlich im Hafen jener Macht, die 40% der gesamten Erdölproduktion verbraucht, den USA.“ „ Eine Investition die sich lohnt,“... schreibt der Autor weiter. Und der frühere CIA Chef J.Woolsey sagte dazu offen: Dieser Krieg sei nötig, „damit die neue irakische Regierung mit den US – Ölgesellschaften und der US – Regierung zusammenarbeite“.

Und der US-General Wesley Clark, der 1999 den US-Angriff auf Serbien –Montenegro dirigierte, erwähnte in seinem Buch „Winning Modern Wars“ (2003), dass es seit 10 Jahren einen Geheimplan von Bush zum US- Krieg gegen 7 Länder gab. Da heißt es:

„Als ich im November 2001 durch das Pentagon zurückkief, hatte einer der älteren diensthabenden Militäroffiziere Zeit für eine Unterhaltung. Ja, wir sind nach wie vor dabei, gegen den Irak vorzugehen, sagte er. Aber da war noch mehr. Dies ist als ein Teil eines über fünf Jahre geplanten Feldzugs diskutiert worden, sagte er, und da gab es insgesamt sieben Länder, angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan.“(S.130)... „Gewiss, dies ist völlig identisch mit dem Masterplan der US-Neokonservativen, „Neugestaltung von Amerikas Verteidigung“ (Rebuilding Americas's defences, Projekt für ein neues America –PNAC, August 2000). Hier werden die US-Weltherrschaftspläne beschrieben. Eine treibende Kraft dieses Plans war T. Donnelly, ein Topmanager von Lockheed Martin. (www.globalresearch.ca) Der US-Konzern Lockheed Martin ist der größte Rüstungskonzern der Welt, sein Umsatz betrug 2009 nahezu 33 Milliarden US-Dollar.

Gaddafi unterhielt auch gute Beziehungen zu den umliegenden afrikanischen Ländern. Er unterstützte u.a. die ärmeren Staaten wie Mali, Liberia, Niger, die Zentralafrikanische Union u. Somalia mit insgesamt ca. 3 Milliarden Dollar. Eine Politik der Stärkung der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten von den westlichen Großprofiteuren würde langfristig das Wachstum in den afrikanischen Staaten fördern u. damit eine Verbesserung des Lebensstandards der Menschen ermöglichen. Der Krieg gegen Libyen u. der Sturz Gaddafis hingegen, würden den USA auch einen strategischen Sahara-Zugang zu Zentralafrika und seinen Bodenschätzen verschaffen. (Z.B. Erdöl im Tschad und in der Dafur-Region im

Sudan, Uran im Niger) Die dann noch verstärkte Ausplünderungspolitik, die die USA u. die EU-Großmächte im Dienste der großen Konzerne betreiben, erhöht die Armut u. das soziale Elend beim Großteil der Bevölkerung und produziert noch mehr Flüchtlingsströme. Diese sind dann für die EU (und die USA) ein willkommener Anlass für weitere Aufrüstung, militärische Präsenz in der Region und Kriegsvorbereitung. Dazu gehört auch die EU-Frontex Truppe, die zum Abschotten der EU-Außengrenzen aber vor allem auch zur Angstpropaganda dient, die da lautet. Wir brauchen das Militär, sonst werden wir von den Flüchtlingsmassen überrannt. Wir sollen froh sein, dass es uns noch so gut geht und ja nicht aufmucken! So dienen die afrikanischen Flüchtlinge als idealer Vorwand für die immer stärkere Belastungspolitik der Bevölkerung bei uns und ihrer Einschüchterung, auch „einen starken Mann“ an der Macht hinzunehmen, der schon das Schlimmste verhindern würde.

Wasser unter dem Wüstenboden

Libyen ist auch wegen seiner ungeheueren Wasservorräte mit hochwertigem Trinkwasser unter dem Wüstenboden für westliche Konzerne interessant! Seit 1980 wird über 4000 km lange Leitungen das Wasser in den Norden gepumpt, Dieses modernste Wasserwerk- Projekt der Weltgeschichte ist zu 2/3 fertig gestellt u. wird Libyen, Ägypten, Sudan u. den Tschad in blühende Gärten verwandeln. Wasser gilt als das Gold von morgen oder schon von heute! Das ganze Projekt hat Libyen ohne Weltbank, ohne IWF oder westliche Großbanken entwickelt. Der französischen Wasser-Konzern GDF Suez, der größten Wasserkonzern der Welt hat, sollte Gaddafi stürzen, schon ein Auge auf diesen Schatz geworfen.

Rebellion in den arabischen Staaten

In Ägypten und Tunesien hat die Bevölkerung selbst ihre Herrscher, gegen den Willen des Westens, zum Rücktritt gezwungen. Sie kämpfen für ihre Freiheit, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen die Ausplünderung durch ihre Machthaber, die bis zur letzten Minute vor ihrem Fall vom Westen unterstützt wurden. Mit den anderen Diktatoren, wie denen von Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten(VAE), Katar, usw macht der Westen weiterhin riesige Geschäfte, und diese Staaten sind Stützpunkte der Herrschaft der USA im Nahen Osten. Saudi Arabien z.B. kaufte von den EU-Staaten von 2002 bis 2009

Rüstung im Werte von 20 Milliarden Dollar, die VAE in dieser Zeit im Werte von 6 Milliarden. Und die US- Rüstungsindustrie erhielt allein 2010 von den Saudis den größten Exportauftrag ihrer Geschichte, im Werte von 47 Milliarden, das Geschäft beinhaltete u.a. 84 Kampfflugzeuge des Typs F 15 Bomber und 180 Kampfhubschrauber.

Beim Krieg gegen Libyen geht es dem Westen um die Freiheit der Profite für die Herrschaft seiner Konzerne. Der geplante Krieg bzw. der Sturz Gaddafis soll auch die Wirkung haben, den Volksbewegungen in der arabischen Welt einen Riegel vorzuschieben und die Dominanz des Westens dort wieder herzustellen. So soll der Einfluss der arabischen Welt auf ihre eigenen Belange weiter reduziert werden.

Europa in Konkurrenz und an der Seite der USA im Krieg um wirtschaftliche und politische Interessen!

Frankreich hat noch aus seiner Kolonialzeit wirtschaftliche Interessen in Afrika und will diese nicht verlieren. Deswegen intervenierte Frankreich auch in der Elfenbeinküste, wo es einen den westlichen Konzernen gewogenen Präsidenten an die Macht putschte. Der neue Präsident Ouattara war früher stellvertretender Vorsitzender des IWF.

Frankreich will seinen Einfluss im Mittelmeerraum nicht einbüßen, so betrieb es vor einigen Jahren auch die sog. EU-Mittelmeerunion und deshalb auch seine aktive Rolle beim Bombenkrieg auf Libyen. Auf der Kriegs- und Waffenmesse in Rio de Janeiro (12.4. bis 15.4) warb Frankreichs Jagdbomber-Konzern Rafale für seinen Bomber mit den Kriegseinsätzen in Libyen. Bisher wurde der Bomber noch in keinem Krieg eingesetzt, dieses „Marketingproblem“ hat sich durch die Luftangriffe auf Libyen möglicherweise erledigt. Zynisch aber für die Kriegsherren wahr: Aktiver Krieg ist der beste Verkaufsschlager. Der Bomber ist im Übrigen ein Konkurrenzprodukt zum Eurofighter. Deutschland, das sowohl mit Libyen als auch mit Russland und China gute Wirtschaftsbeziehungen hat, hat sich dem Bombenkrieg nicht angeschlossen. Aber seine Rüstungskonzerne mischen beim Krieg massiv mit, ist doch Deutschland schon der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Der Eurofighter, Hersteller EADS, soll bei den Bombenangriffen auf Libyen seine Einsatzpremiere gehabt haben. Deutschland ist die stärkste Macht in

Europa und Hauptkonkurrent der USA im Westen!

Die großen EU-Staaten rüsten immer weiter auf, um den USA nun auch militärisch im Kampf um Rohstoffquellen, Einflussphären und Absatzmärkte, Konkurrenz bieten zu können.

Die Menschen in Europa werden nun zusätzlich auch immer mehr über die Rüstungsfinanzierung und Kriegsvorbereitung für das Finanzkapital zur Kasse gebeten! Denn die europäischen Herrschenden brauchen „frisches“ = unser Geld für ihre Kriege.

Österreich ist auch dabei!

Österreich soll dabei als EU-Mitglied mitmachen und soll, geht es nach unseren Herrschenden, im Rahmen der neuen EU-Kriegstruppen, den „battle groups“, ab Mitte 2012 die gesamte Versorgung einer battle group der EU von 2500 Mann für einen allfälligen Libyeneinsatz übernehmen, d.h. 350 Soldaten eines Logistikbataillon stellen. Wegen dieser Kriegseinsätze haben unsere Machthaber auch die Eurofighter gekauft, Kosten inklusive Betriebskosten Minimum 7 Milliarden Euro aus unseren Steuern auf 20 Jahre.

Deswegen soll das Berufsheer kommen, wird die Neutralität ignoriert und soll stillschweigend entsorgt werden.

EU führt Kriege

Die EU-Staaten bekennen sich auch offen dazu, Kriege für die multinationalen Konzerne, also für das Finanzkapital zu führen. Die Strategiestudie, die offizielle Stellungnahme der EU, ist ein klares Bekenntnis zur Kriegspolitik. Der frühere Leiter der EU - Sicherheits- u. Außenpolitik J. Solana schreibt ganz offen in der im November 2009 erschienenen offiziellen **EU-Militär-Strategie-Studie für 2020**: *„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“*...*„Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen“*... *„Die USA und EU müssen in ihren Plänen gemeinsam vorgehen... Jedoch in den Fällen, in denen die USA die NATO nicht zum Krisenmanagement einsetzen will, brauchen die Europäer die Kapazität, alleine zu handeln...“*

Im Übrigen sind die meisten in der neuen EU-Strategie Studie angeführten Bedrohungen identisch mit denen, die schon in der

nationalen Sicherheitsstrategie der USA (PNAC) im September 2002 veröffentlicht wurden. Und T. Ries, ein weiterer Autor aus der Strategiestudie:

„Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“... „Sie

muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“... „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“...„Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“...„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“...„Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ (zur Strategiestudie: www.iss.europa.eu/uploads/media/W hat_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Rüstung + Krieg

Weil Deutschland beim derzeitigen Krieg gegen Libyen (noch) nicht mitmacht, was wirtschaftliche und auch wahltaktische Gründe haben dürfte, wurde es von so manchen nicht nur kritisiert (NATO), sondern von manchen Friedensbewegten gelobt. Doch die Wahrheit

Gute Deutsche?

sieht lt. Margot Kässmann, deutschen Ex-Bischöfin der evangelischen Kirche, so aus: Der deutsche Anteil am Waffenhandel sei zwischen 2005 und 2010 auf 11% gestiegen und wird nur noch von Russland (23%) und den USA (30%) übertroffen.

Superreiche in Österreich

Dauernd hören wir, dass für Bildung, Soziales, Gesundheit oder Pensionen kein Geld da sei. Das Gegenteil ist der Fall. Österreich hat 300 Superreiche (Vermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar) und liegt somit bei der Millionärsdichte international auf Rang 5. Einfache Dollarmillionäre gab es in Österreich gar 37.000. Das gesamte von Privatanlegern 2010 verwaltete Vermögen in Österreich betrug in Summe 656 Milliarden Dollar, das ist

Kein Geld da?

ca. das Zehnfache des österreichischen Jahresbudgets. Und dieses aus anderer Leute Arbeit zusammengeraffte Privatvermögen stieg von 2009 auf 2010 um 7%. Wenn die arbeitenden Menschen eine Vermögensbesteuerung zur Linderung der ärgsten Auswüchse verlangen, schreien diese Herrschaften gleich wie am Spieß und „Wutbanker“ melden sich zu Wort. Wo bleibt unsere Wut? (Quelle: Global Wealth Report)

Oh du schöner Wienerwald ...

Die Landeshauptleute Pröll und Häupl von Niederösterreich und Wien preisen immer den Wienerwald als Naturschutz-Heiligtum und gebärden sich als Umweltvorreiter. Der neuerdings gerne als „Biosphärenpark“ bezeichnete Wienerwald sei schützenswürdig, wird da immer betont. In Wirklichkeit aber sind von den 105.645 Hektar Wald nur 5% streng geschützt. (Quelle: www.bpww.at) Daher

verwundert es nicht, dass immer wieder am Waldrand in bester Lage die Betuchte(re)n bauen oder Hotelketten ihre Betriebe hinstellen dürfen. Mit den Beteuerungen zum „geschützten Wienerwald“ verhält es sich so wie mit den Aussagen der Wirtschafts- und Politbosse insgesamt: 5% sind vielleicht wahr, 95% sind unwahr

Auch in Österreich: Sklaven und Tagelöhner

Sklaven und Tagelöhner zu beschäftigen, das wäre den Bossen das Liebste. Dabei würden sie den meisten Profit absahnen. Nein, es

ginge noch eine Stufe tiefer: Gratisarbeit und dafür dann und wann ein Almosen (Sloterdijk). Aber im Ernst, die Beschäftigung mit der Frage

Leiharbeit zeigt auf, dass es keine Grenzen für die Phantasie der Firmenbosse und Konzernherren bezüglich der Ausnützung der arbeitenden Menschen gibt. Dass alle Grenzen bezüglich Schutz der Arbeiter und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen fallen. Und wir müssen es uns anscheinend gefallen lassen. Anscheinend, weil die arbeitenden Menschen gegenüber den Geldhaien auf dem kürzen Ast sitzen und niemand der Macht der Kapitalisten, so scheint's, Einhalt gebieten kann. In Österreich verdienen Leiharbeiter im Schnitt bis zu 40% weniger als das Stammpersonal. 65% der zeitarbeitenden Frauen und 40% der Männer leben unter der Armutsgrenze. Das Einkommen beträgt laut einer Studie der „L&R Sozialforschung über LeiharbeiterInnen“ oft weniger als 800 Euro, nur ein Drittel der Leiharbeiter kann von der Arbeit halbwegs gut leben. Dafür kann Herr Trenkwalder, Chef einer Leiharbeiter-Firma, mit dem den Leiharbeitern vorenthaltenen Geld einen Fußballklub finanzieren. Leiharbeiter unterliegen vielen Zwängen: Sie werden bei Schwierigkeiten der Firmen als Erste gekündigt, oft auch während eines Krankenstandes. Sie unterliegen unkorrekten Lohn- und Gehaltsabrechnungen, dem Druck zur einvernehmlichen Dienstauflösung usw. „Für das Kapital dient Leiharbeit nicht zur Abdeckung von Produktionsspitzen oder einen leichteren Job-Einstieg, etwa für Langzeitarbeitslose oder Jugendliche, sondern der profitablen Überwälzung des wirtschaftlichen Risikos auf die Schultern der Beschäftigten unter dem Stichwort der Flexibilisierung“ (Gewerkschaftlicher

Linksblock). Im Zuge der Finanzkrise und danach wurden immer öfter normale Jobs in Leiharbeit umgewandelt. Arbeiterkammer und Gewerkschaften fordern inzwischen eine Obergrenze von 10% beschäftigter Leiharbeiter in den jeweiligen Firmen und die Beschäftigung von Leiharbeitern nur, um Arbeitsspitzen abzudecken. In Oberösterreich, dem Bundesland mit den meisten Leiharbeitern, beschäftigt jeder fünfte Betrieb, der Leiharbeiter einstellt, mehr als 10% Leiharbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl seiner Beschäftigten. Als Auswirkung der Finanzkrise sank die Zahl der Leiharbeiter im Herbst 2008 zunächst von 68.000 um rund ein Viertel auf 52.000, stieg bis zum Juni 2010 aber rasch wieder auf einen neuen Spitzenwert von 79.000, das sind 11.000 mehr als vor der Krise. So konnte sich die Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer erholen. Für 2015 rechnet man aber bereits mit 120.000 Leiharbeitskräften. Damit würde sich Österreich dem EU-Durchschnitt von 2,5 % nähern. Das Problem ist international. Es liegen uns Zahlen aus Deutschland vor, die ganz ähnlich gelagert sind.

Wir müssen uns für die Kollegen zur Wehr setzen. Meinung bilden! Eingreifen! Regierungen in Bund und Ländern, Parteien, Gewerkschaften, Arbeiterkammer, wirtschaftliche Interessensvertretungen müssen unsere Stimme hören und umdenken! Ohne arbeitende Menschen gibt es keine Wirtschaft, dies muss aber auch honoriert werden! Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können!

Die Gier der Geldhaie und die Neider fressen die besten Ideen

Muhammad Yunus, Bangladesch, für seine Idee der Mikrokredite mit dem Friedensnobelpreis 2006 ausgezeichnet, wurde auf Intervention von Sheik Hasina Wajed, der Premierministerin von Bangladesch, durch die Zentralbank des Landes als Chef der Grameen Bank abgesetzt. Vorwand war, dass er mit 70 Jahren nach Behördenvorschrift zehn Jahre zu alt für die Leitung der Bank sei. Ein unrühmliches Ende einer großen Idee und eines Vorkämpfers für die Armen? Die großartige Idee der Mikrokredite, auch die Ärmsten seien kreditwürdig, hatte Yunus weltweit bekannt gemacht. Dieser Ruhm von Yunus war der Premierministerin schon länger

ein Dorn im Auge. Jetzt benutzte sie die Gelegenheit, da die Mikrokreditidee durch die Geldgier der Finanzhaie in Misskredit geraten war, für ihren Coup gegen Yunus. Die Idee, einst als Non-Profit-Idee begonnen, kam in Indien auf Abwege und entwickelte sich dort binnen weniger Jahre zu einer sechs Millionen Dollar starken Finanzindustrie. Kreditnehmer begingen Selbstmord, weil sie die Mikrokredite nicht zurückzahlen konnten. Die Regierung des indischen Bundesstaates Andrah Pradesh unterband im Oktober 2010 deshalb die Vergabe weitere Kredite. Dann meldeten Rating-Agenturen!, dass 70 % der Kreditnehmer nicht zur Rückzahlung fähig seien. Yunus argumentierte damals mit „guten“

Mikroinstituten und „schlechten“. „Das eigentliche Ziel von Mikrofinanzleuten ist die finanzielle Einbindung der Armen und nicht das Profitmachen, sonst werden sie zu Kredithaien“, so Yunus. Aber da hatte ihn die Realität der Geldhaie längst überholt, überall auf der Welt arbeiteten die Mikroinstitute längst wie alle anderen Bankinstitute nach Marktgesetzen. Angeblich auch die von ihm gegründete Grameen-Bank, als deren Leiter er

abgesetzt wurde. Allerdings konnten keine Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden. Die Absetzung erscheint als politische Eifersuchtsaktion, die die Problemlage der Mikroidee eiskalt ausnützte. Bleibt zu hoffen, dass die Idee der Mikrokredite nicht stirbt und dass die Ärmsten der Welt durch diese Idee eine Chance auf ein verbessertes Leben bekommen!

Quelle: DIE ZEIT

Die Menschen sind egal, der Profit ist wichtig!

Jean Ziegler, einstiger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, scharfer Kritiker des westliche Profitsystems, das über Leichen geht: „In meiner Funktion als Sonderberichterstatter bin ich einmal mit meinem ganzen Tross bei vertriebenen Bauern in Guatemala vorgefahren. Ich hörte mir ihre Probleme an, und im selben Augenblick war mir bewusst, dass ich sie verriet. Zurück in Genf schrieb ich meinen Bericht und empfahl eine Landreform, die unter dem Druck amerikanischer Bananenkonzerne abgelehnt wurde. Das Einzige, was durchkam, waren vier Helikopter, die das Land vermessen sollten, weil es in Guatemala nicht einmal ein Grundbuch gab. Irgendwie muss man klarkommen mit dieser Schizophrenie der Vereinten Nationen: Erst rauben die Liberalisierungsprogramme ihrer Weltbank den Bauern die Existenzgrundlage, und hinterher nehme ich für den Menschenrechtsrat den Schaden auf. Ein Beispiel: Vor drei Jahren als ich noch Sonderberichterstatter war, erwischte mich fast eine Kugel. Es gab damals eine fürchterliche Hungersnot in Sambia. Die internationalen Agrarkonzerne versuchten, diese Notlage auszunutzen, um ihre gentechnisch veränderte Nahrung dort in den Markt zu drücken. Ihr Kalkül: Sie spenden ihren Genmais an die UNO-Hungerhilfe, die ihn dann in Sambia unters Volk bringt. Soweit, so gut. Das Problem dabei ist, dass angesichts der Knappheit viele Bauern einige Maiskörner aufbewahrt hätten, um sie im nächsten Jahr zu pflanzen. Sie wären dadurch abhängig geworden von diesem speziellen Genmais.

Für die Saatgutkonzerne wäre das ein lukratives Geschäft gewesen, für die Bauern langfristig der Ruin. Sie verkaufen ihren Mais vor allem nach Europa, aber in Europa meiden die Konsumenten gentechnisch veränderte Nahrung. Was macht also der Präsident von Sambia? Ruft: Poisoned food!“ und verbrennt die Maissäcke der Hungerhilfe. Ich gab ihm recht. Da fielen sie über mich her: Die Amerikaner verlangten meine sofortige Demission. Die Presse brüllte: Der Ziegler, dieser Hund, wegen seines Dogmatismus sterben Menschen! Eine schlimme Zeit. Aber wir hielten durch und fanden einen Kompromiss. Die UNO hat den Mais verteilt, doch nicht als Korn, sondern zu Mehl gemahlen, sodass man ihn nicht pflanzen kann.

Auch wenn dies gut ausging, die multilaterale Diplomatie ist am Ende! Der Westen hat seinen Kredit verspielt. Der Süden glaubt ihm nicht mehr. Der Süden weiß, dass er entwaffnet werden soll. Die Ausbeuter jetten jetzt nicht mehr im Kolonialherrenanzug in die Tropen, sondern im Nadelstreif, und der Süden begehrt dagegen auf.“ Wie lästig Jean Ziegler dem Finanzkapital und seinen Helfershelfern mit seinem Aufzeigen von unangenehmen Tatsachen und hinterhältigen Machtspielchen auf dem Rücken der Armen ist, zeigt seine kürzliche Ausladung in Salzburg, wo er zur Eröffnung der Festspiele reden sollte, aber deren Verflechtung mit den Geldhaien zur Zurückziehung der Einladung durch die korrumpierte Festspielleitung führte.

Quelle: DIE ZEIT

Bildung: Hurra, Ferien!!!

Das Ende eines Schuljahres steht vor der Tür. Und wir sind keinen Schritt weiter als vor einem Jahr – schlimmer noch: Wir haben in Wien einen Schritt zurück gemacht.

Ja, ja, es gibt an einigen Standorten, die neue Mittelschule. Hört sich doch gut an! Was sich aber in Wien hinter den Kulissen abgespielt hat, ist nur sehr sporadisch an die Öffentlichkeit gedrungen.

Erinnern wir uns an die letzten Wiener Landtagswahlen im Herbst: Von einer Bildungsoffensive sprach die SPÖ, die Grünen forderten 1000 LehrerInnen mehr für Wien (Ganz nebenbei: In Wien herrscht akuter LehrerInnenmangel. Woher die Grünen die LehrerInnen nehmen wollten, verriet uns nicht!), die ÖVP und FPÖ setzten sich für einen besseren Spracherwerb der Kinder mit Migrationshintergrund ein.

Die Wirklichkeit sah anders aus. Von einem Tag auf den anderen hieß es plötzlich Anfang März: Es muss gespart werden. Das Bildungsbudget ist enorm überzogen. Es müssen in der Sekunde Maßnahmen gesetzt werden. Und so war es auch.

Von heute auf morgen wurden LehrerInnenstunden eingespart. Das hatte zur Folge, dass an den Wiener Pflichtschulen Mitten im Schuljahr die Lehrfächerverteilung umgestoßen und Gruppen zusammengelegt bzw. die BegleitlehrerInnen abgezogen wurden, die LehrerInnenfortbildung wurde drastisch eingeschränkt.

Manch Kurzsichtiger wird sich ins Fäustchen lachen und sich denken: „Na endlich müssen die Lehrer mehr arbeiten. Haben eh so lange Ferien!“, und glaubt damit seinem ach so bösen Mathematikprofessor noch nach 20 Jahren endliche eins auswischen zu können.

Den meisten Menschen ist aber klar, dass dieses Sparen unmittelbar auf dem Rücken unserer

Kinder ausgetragen wird. Gerade in Wien, mit seinen Problemen, die jeder Ballungsraum in den Schulen beobachten kann, ist so eine Politik katastrophal!

Beim Pisa-Test (so fragwürdig er auch ist) rangiert Österreich an den hintersten Rängen.

Täglich hören wir, wie schlimm es um das Wissen und Können unserer SchülerInnen bestellt ist. Die Wirtschaft klagt über Lehrlinge, die nicht lesen und rechnen können.

Zum Großteil stimmt das auch. Und so darf es nicht bleiben. Aber dazu bedarf es einer „Investition in das Humankapital“, wie es so unschön heißt. Investition heißt aber, Geld in die Hand nehmen. Unsere Kinder brauchen eine intensive Betreuung im Lesen. Wir leben in einer Informationsgesellschaft, das Lesen wird unerlässlich. Unsere Kinder sollen das Rechnen beherrschen, eine Vorstellung von Maßeinheiten haben. Unsere Kinder müssen die Fertigkeiten entwickeln, sich in dieser schnelllebigen Zeit zu Recht zu finden. Und, und, und.....

Das alles erreichen wir nicht, wenn die Lerngruppen entweder durch Zusammenlegungen oder durch das Abziehen eines/r LehrerIn vergrößert werden. Den ständig steigenden Anforderungen an die LehrerInnen können wir nur durch eine entsprechende Fortbildung begegnen.

Davon ist derzeit in Wien nichts zu bemerken. Und es wird im nächsten Jahr nicht besser werden. Auch wenn von der Politik groß verkündet wird, dass im nächsten Schuljahr alle PflichtschülerInnen zu Weihnachten lesen können sollen. Wie soll das möglich sein unter diesen Bedingungen?

Leider ist Wien nicht eine Ausnahme, was bildungspolitischen Irrsinn betrifft. Auch wenn man sich das Getue um die Neue Mittelschule genauer anschaut, neben der jetzt die Gymnasien weiterbestehen sollen, zeichnet sich keine Wende ab. Im Gegenteil: Hier werden sehr wohl Ressourcen zur Verfügung gestellt, die aber einerseits den Regelschulen fehlen, andererseits für einen Etikettenschwindel verwendet werden. Denn so lange es Gymnasien gibt, entspricht die Neue Mittelschule der alten KMS, vor wenigen Jahren noch Hauptschule genannt. Hier wird aus parteipolitischen Erwägungen Geld verschwendet. Eine Veränderung der schulischen Situation aber auch der gesellschaftlichen Situation ist so nicht zu erwarten. Dieses System wird weiterhin die frühe Selektion der Kinder fördern und das bestehende System der Ungleichheit und Ungerechtigkeit zementieren.

Das ist auf allen Ebenen unverantwortlich.

Unsere Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung. Dies ist die Voraussetzung für das Wohlergehen aller Generationen.

LESERBRIEFE

zum Super-GAU in Japan und dem Kommentar des Atom-Befürworters Böck vom Versuchsreaktor im Wiener Prater:

Tschernobyl wurde trotz ursprünglich ähnlicher Informationspolitik der AKW-Betreiber viel schneller mit Stufe 7 bewertet - nur unserer Wurstelpraterreaktorspezialisten werden uns

wohl auch jetzt erklären, das dies ein geordneter Betriebszustand eines Atomkraftwerks ist. H.H.

Von einem anderen Leser wurde uns die nachstehende interessante Notiz über die enge Zusammenarbeit der WHO (Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen) und der IAEA (Internationale Atomenergieagentur in Wien) aus dem online life science Journal „LifeGen.de“ zugesandt:

IAEA und WHO unterhalten seit Jahren einen Geheimvertrag im Interesse der Atomlobby. Der Vertrag von 1959 regelt, dass die Untersuchungen zu Strahlungsfolgen durch die WHO im Einvernehmen mit der IAEA vorgenommen werden. Die Atomenergieagentur nehme „somit entscheidenden Einfluss auf die gesundheitliche Bewertung nuklearer Katastrophen, ohne dabei über ein Mandat oder über ausreichende Unabhängigkeit zu verfügen.“ (Pressestelle des Deutschen Bundestages). Die Aufhebung des Geheimvertrages mit Hilfe der Deutschen Bundesregierung wurde gefordert. Die WHO nimmt auch aktuell im Rahmen der Katastrophe von Fukushima ihre Aufgabe nicht angemessen wahr. Zur Messung der Strahlenwerte und damit der Gefährdung von Leib und Leben der Menschen in Japan und rund um den Reaktor hat die WHO kein eigenes Team vor Ort! Steht die WHO unter dem direkten Einfluss der internationalen Atomlobby?

Es gibt aber auch eine enge Zusammenarbeit von WHO und IAEA auf dem Pestizidsektor, wobei die IAEA die Analytik weltweit besonders in Entwicklungsländern betreibt

(wegen des Zusammenhangs zwischen Pestiziden und chemischen Waffen) und die WHO die Grenzwerte aufgrund der IAEA Expertise festlegt, um eine industriefreundliche Produktion und Weiterverbreitung zu gewährleisten. Auch hier geht, wie bei der Atomindustrie „die friedliche Nutzung“ mit der militärischen Hand in Hand. Ähnliche Komplexe könnten auch zwischen Impfstoffherstellern und Herstellern von biologischen Kampfstoffen bestehen – siehe der mit aktiven Vogelgrippeviren versetzte Human-Grippeimpfstoff der Firma Baxter!

Dazu Jean Ziegler, bekannter Publizist und scharfer Kritiker der Geldhaie: Die WHO ist unterwandert von der Atomlobby und der pharmazeutischen Industrie.

Unser Resümee: Das ganz Schlimme daran ist, dass wir beide Organisationen (WHO und IAEA) von Österreich aus und auch im Rahmen der EU vollkommen unkritisch kräftig mitfinanzieren und solche Fragen in unserem Parlament nicht einmal in die Nähe einer Fragestunde kommen!

Information und kritische Geister sind mehr denn je von Nöten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.